Nr. 18 A 10 Morgen-Ausgabe

Berlin

Mittwoch, 12. Januar 1927 V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau" — Mittwoch: „Für Reise und Wanderung" — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3695, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3692. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Zentrumsfragen an Stresemann

Verstimmung gegen den Außenminister

Die „Germania" veröffentlicht eine Darstellung, aus der hervorgeht, daß der Reichspräsident am Montag dem Abg. v. Guérard, als er ihn empfing, ankündigte, er werde Dr. Curtius mit der Neubildung des Reichsministeriums betrauen.

„Herr von Guérard hat darauf beim Herrn Reichspräsidenten zur Sprache gebracht, ob die Betrauung des Herrn Curtius um ganz kurze Zeit aufgeschoben werden könne, bis die Sitzung des Vorstandes der Zentrumsfraktion abgehalten worden sei, die infolge unvermeidbarer Umstände — Tagung der Zentrumspresse in Hildesheim unter Anwesenheit mehrerer Vorstandsmitglieder — leider erst auf Dienstag, abends 6 Uhr, angesetzt werden konnte. Herr von Hindenburg erwiderte, er werde diese Bedenken Herrn Curtius mitteilen und diesem die Entscheidung überlassen. Ganz kurz darauf war dann bekanntlich die Betrauung eine fertige Tatsache."

Herr Dr. Curtius hat es also mit der Annahme des Auftrages eiligst gehabt als der Reichspräsident mit der Erteilung. Das läßt darauf schließen, wie sehr Dr. Curtius auch von den Deutschnationalen und seinem eigenen Fraktionsvorstande, der am Montag vormittag im Beisein Dr. Stresemanns getagt hat, gedrängt worden ist. In diesem Zusammenhange gewinnen einige Fragen, die die „Germania" an Dr. Stresemann stellt, noch erhöhte Bedeutung.

„Eine undurchsichtige Rolle spielt in dem ganzen Spiel Herr Gustav Stresemann. Ist er nicht der frühere und der prädestinierte neue Reichsaußenminister? Ist nicht die Rheinlandräumung sein nächstes Ziel? Glaubt er im Ernst, die Rheinlandräumung am leichtesten mit den Deutschnationalen zu erreichen? Man will uns weismachen, daß er seine eigene Partei in der Frage der Regierungsbildung nicht hinter sich habe? Wohnen zwei Seelen in seiner Brust? Oder hofft er am Ende gar, daß andere ihm das Odium für das Scheitern der von ihm selbst geförderten Rechtsschwenkung abnehmen werden?"

Ein offizielles Parteiorgan wie die „Germania" stellt solche mit einiger Schärfe formulierte Fragen nicht ohne vorheriges Einvernehmen mit den führenden Persönlichkeiten der eigenen Partei. Man hat es also unzweifelhaft mit Fragen des Zentrums an den Reichsaußenminister zu tun, in der eine starke Verstimmung über die „undurchsichtige Rolle" Dr. Stresemanns in der Regierungskrise zum Ausdruck kommt. Dr. Stresemann ist, wie unwidersprochen blieb, mit der Insterburger Rede seines Fraktionsgenossen Dr. Scholz nicht einverstanden gewesen. Er hat sogar schlimme Rückwirkungen auf seine damaligen Genfer Verhandlungen über das Verschwinden der Interalliierten Militärkontroll-Kommission von ihr befürchtet. Nach seiner Rückkehr aus Genf hatte es den Anschein, als ob er seinen Einfluß in der Fraktion der Deutschen Volkspartei im Sinne einer Ablehnung der Scholzschen Rede geltend gemacht hätte. Nachher aber wurde gemeldet, Dr. Stresemann habe einen Beschluß der Fraktion, auf das Zentrum einzuwirken, daß es in Verhandlungen mit den Deutschnationalen einwillige, gebilligt. Die Deutsche Volkspartei, deren Führer Dr. Stresemann ist, wird mit Recht als die treibende Kraft bei den Bemühungen um den Bürgerblock angesehen. Sie stellt es zwar so dar, daß auch künftighin der Kurs der Mitte gesteuert werden würde, aber sie muß sich von der „Kreuz-Zeitung" ein höhnisches Desaveu gefallen lassen: „Ganz so wie bisher dürfte die eventuelle Regierung Curtius denn doch nicht arbeiten dürfen." Die Deutschnationalen machen nicht das geringste Hehl daraus, daß sie nicht nur in der Frage der Staatsform, sondern auch in der Außenpolitik die geringste grundsätzliche Konzession ablehnen. Damit findet sich die Partei, deren Führer Dr. Stresemann ist, ab. Vornehmlich die Staatsform und die Locarno-Politik ist es, die Demokraten und Zentrum zu mißtrauischer Ablehnung der Deutschnationalen veranlassen. Für die Kontinuität der Außenpolitik aber müssen diese beiden Gruppen kämpfen gegen die Partei, in der der Reichsaußenminister die Führung und doch wohl auch Einfluß hat. Weder diese Führung noch dieser Einfluß aber sind in den letzten Wochen sichtbar und fühlbar geworden. Die Verstimmung darüber kommt in den Fragen an Dr. Stresemann zum Ausdruck, die politisch starke Beachtung finden müssen. Man wird auf die Beantwortung dieser Fragen durch Dr. Stresemann in allen Parteilagern mit Spannung warten.

*

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hat gestern die große Aussprache mit den Parteien über die Regierungsbildung abgeschlossen. Er ist darum aber noch keinen Schritt weiter gekommen. Die Aussprache hat ihn nur darüber unterrichtet, daß die Parteiführer, die Deutschnationalen mit eingeschlossen, zunächst die vorsichtigste Zurückhaltung beobachten. Mit den Demokraten warten auch die Deutschnationalen vorerst die Entscheidung des Zentrums, die als ausschlaggebend angesehen wird, ab. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung erhalten dadurch den Charakter eines politischen Duells zwischen Zentrum und Deutschnationalen, bei dem die anderen Parteien die Rollen der Sekundanten oder der interessierten Zuschauer bilden. Wenn in diesem Duell, was vorauszusehen ist, die Deutschnationalen unterliegen, dann ist die Mission des Ministers Dr. Curtius in negativem Sinne erledigt.

Dr. Curtius hat gestern im Reichstage sehr früh angefangen. Er hat als ersten Parteiführer den Demokraten Dr. Koch empfangen, sodann die Vorsitzenden der Wirtschaftlichen Vereinigung und den Grafen Westarp; am Nachmittag den Führer des Zentrums, Abg. v. Guérard und schließlich den sozialdemokratischen Abg. Müller-Franken. Von Interesse ist, daß sowohl Dr. Koch wie Graf Westarp darin übereinstimmen, daß eine sachliche Stellungnahme ihrerseits erst dann einen Sinn hätte, wenn das Zentrum sich bereits erklärt habe. Die Demokraten wollen sich daher vorläufig an den Verhandlungen gar nicht beteiligen. Da eine Verständigung zwischen Zentrum und Deutschnationalen außerhalb des Bereiches des Wahrscheinlichen liegt, werden die Demokraten kaum Veranlassung haben, ihrerseits noch einmal zu wiederholen, daß in einer Kombination, an der sich die Deutschnationalen beteiligen, für sie kein Platz ist.

Daß auch der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende von Dr. Curtius zu einer Aussprache gebeten wurde, ist politisch bedeutungslos und nur als formeller Höflichkeitsakt zu werten. Der Auftrag des Reichspräsidenten ist so genau umschrieben, und Dr. Curtius hat in seiner unmittelbar nach der Betrauung abgegebenen Erklärung so deutlich ausgesprochen, daß er beauftragt sei, „Verhandlungen von der Mitte nach rechts zu führen", daß jede andere Folgerung aus der Besprechung mit Abg. Müller-Franken sich von selbst verbietet.

Am Nachmittag hat Dr. Curtius in seiner Privatwohnung mit Herrn v. Guérard konferiert. Was vorauszusehen war, ist eingetroffen: Der Führer des Zentrums hat Verhandlungen über das Programm einer Regierung, die alle bürgerlichen Parteien umfassen soll, nicht von vornherein abgelehnt, wenn er auch auf die Schwierigkeiten hingewiesen hat.

Der Führer des Zentrums hat sich im übrigen gestern damit begnügt, die Erklärungen des Herrn Dr. Curtius zur Weiterleitung an die Fraktion entgegenzunehmen.

„Schwere außen- und innenpolitische Bedenken"

Erklärung des Vorstandes der Zentrumsfraktion

Um 6 Uhr nachmittags trat der Vorstand der Zentrumsfraktion zu einer Sitzung zusammen, die beinahe 3½ Stunden andauerte. An den Verhandlungen nahm auch der Reichskanzler Dr. Marx teil. Offiziell wurde gegen 10 Uhr als das Ergebnis der Vorstandsberatungen folgendes Communiqué ausgegeben:

„Der Vorstand der Zentrumsfraktion ist sich darüber einig, daß der vorgeschlagenen Kabinettsbildung schwere außen- und innenpolitische Bedenken entgegenstehen. Einen Beschluß zu fassen, war der Vorstand der Zentrumsfraktion nicht in der Lage, da er der Entscheidung der Gesamtfraktion nicht vorgreifen kann."

Die Gesamtfraktion des Zentrums tritt erst heute nachmittag zusammen.

Die litauischen Hinrichtungen hören auf?

Auf Grund verschiedener in den letzten Tagen aus Litauen eingetroffenen Nachrichten über Hinrichtungen von Gegnern des neuen Regimes in Litauen sind bei der hiesigen litauischen Gesandtschaft Vertreter der Deutschen Liga für Menschenrechte vorstellig geworden. Die litauische Gesandtschaft teilte Vertretern der Liga für Menschenrechte mit, daß „weitere Hinrichtungen als die bisher vorgenommenen" nach einer authentischen Nachricht aus Kowno nicht erfolgen würden. Insbesondere sei die Nachricht über die Hinrichtung des als Polen bezeichneten litauischen Kommunisten Toniewicz falsch.

Amerikanischer Imperialismus?

Von
Wilhelm Schulze,
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung"

*** New York,** 11. Januar

Wenn man den Meldungen amerikanischer Korrespondenten aus aller Welt glauben darf, dann hat Amerikas Vorgehen in Nicaragua in der internationalen Presse einstimmige Verurteilung gefunden. Die in New York wiedergegebenen französischen Kommentare unterscheiden sich in nichts von denen Englands; die deutsche Begleitmusik ist auf gleichen Ton wie die italienische gestimmt. Und in Chile, Brasilien und Argentinien wird mit der gleichen Lebendigkeit über den amerikanischen „Imperialismus" gezetert wie in Peru, Bolivien oder Uruguay. Alle Welt scheint darüber einig zu sein, daß Amerika mit seinem Vorgehen in Nicaragua eine so unmoralische Handlung beging, wie sie seit langem nicht mehr in der Weltgeschichte vorgekommen ist. Und alle Welt glaubt die Berechtigung, Amerika zu tadeln, ableiten zu dürfen.

Es mag angesichts dieser Einmütigkeit der Weltmeinung verwegen erscheinen, Amerika in Schutz nehmen zu wollen, und sicherlich ist es keine leichte Aufgabe, die Gründe zu finden, die Amerikas Vorgehen rechtfertigen. Die Tatsachen scheinen eine so eindeutige Sprache zu reden, daß jede andere Auslegung als die von der Weltpresse beliebte unmöglich erscheint. Wenn trotzdem der Versuch gemacht werden soll, die deutsche öffentliche Meinung darüber aufzuklären, daß sie von falschen oder nur teilweise richtigen Voraussetzungen ausgehe, dann geschieht es, um der deutsch-amerikanischen Beziehungen willen, die durch die bisherigen deutschen Kommentare sicherlich nicht gebessert worden sind. Man sollte sich hüten, zu übersehen, daß der Amerikaner wohl eine große Portion Kritik vertragen kann, wenn sie aus amerikanischem Munde kommt, daß er aber sehr empfindlich ist und stark reagiert auf Vorhaltungen, die ihm von fremder, seiner Meinung nach unzuständiger Seite gemacht werden.

Jede Betrachtung nicaraguanischer Vorgänge muß zunächst einmal unterscheiden zwischen tatsächlichen Begebenheiten und den Umständen, unter denen diese Begebenheiten der Welt bekanntgemacht wurden. Es wird niemandem einfallen können, die Art und Weise, wie die Vorgänge der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht wurden, zu verteidigen. Das Hin und Her in den amtlichen, halbamtlichen und nichtamtlichen Erklärungen über Amerikas Politik, das Hü und Hott, mit dem das Staatsdepartement, das Marineamt und teilweise auch das Weiße Haus die Oeffentlichkeit für ihre Politik zu begeistern suchen, und das „Vor" und „Stop", mit dem sie im nächsten Augenblick wieder bremsten, ist so sehr Sache der amerikanischen Innenpolitik, daß der Ausländer sie niemals wird verstehen können. Es muß aber dabei festgestellt werden, daß diese schlechte Informierung der Hauptgrund für die ausländischen Kritiken war, und daß mangels richtiger Führung der amerikanischen Oeffentlichkeit die Auslandskorrespondenten und damit die Zeitungen des Auslandes überhaupt kein Bild gewinnen konnten über das, was denn nun eigentlich gespielt wurde. So wenig die amerikanische Politik zögerte, Wege zu beschreiten, die ihr zur Erreichung einmal erkannter und gesteckter Ziele notwendig erschienen, so sehr hat ihr bis vor kurzem der Mut gefehlt, diese Ziele der Oeffentlichkeit gegenüber zu verteidigen oder auch nur namhaft zu machen. Die Informationstaktik der amerikanischen Politik war ein seltenes Gemisch von Nervosität, Furcht und dann plötzlich wieder falsch angewandtem Schneid. Sie erweckte zum mindesten den Anschein der Heuchelei, und in ihr ist die Hauptursache für die scharfen Kommentare der nichtamerikanischen Presse zu suchen.

Entfleidet man die amerikanische Politik dieses verwirrenden Beiwerks, was bleibt dann übrig?

Ein Land, über das amerikanisches Kapital immer schon und nicht erst seit heute oder gestern geherrscht hat, ein Land, das immer schon von amerikanischen Marinesoldaten besetzt war, ein Land, das Revolution über Revolution sah, sobald die amerikanischen Truppen einmal für kürzere Dauer abzogen, und ein Land schließlich, das Teile seiner Souveränität direkt an Amerika verkaufte, indem es den Vereinigten Staaten gegen Zahlung von 3 Millionen Dollar das Recht zur Errichtung einer Marinebasis und zum Bau eines zweiten Atlantik-Pacific-Kanals überließ: dieses Land wird wieder einmal